

Sektion Gesundheits-, Umwelt- und Schriftpsychologie im Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen (BDP) e.V.

Delegierte: Dipl.-Psych. Julia Scharnhorst MPH
Schulstr. 21, 22880 Wedel
Tel. 04103 / 7018140, Fax 04103 / 7018144
Email: Info@h-p-plus.de

18.11.2003

An Mitglieder der GUS-Sektion

Bericht zur Delegiertenkonferenz DK 2/03 vom 15. – 16.11.2003

Ich gebe Ihnen hier einen kurzen Bericht über die wichtigsten Diskussionen und Entscheidungen der Delegiertenkonferenz. Es geht mir nicht um eine vollständige Darstellung, sondern um eine Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse.

Breiten Raum nahm wieder die Diskussion der **Strukturreform** ein. Viele Fragen warf die Tatsache auf, dass immer noch viele BDP-Mitglieder sich keiner Sektion zugeordnet haben. Der Vorstand hat beschlossen, die Mitglieder, die vorher nur in einer Sektion waren, wieder dieser Sektion zuzuordnen, falls keine neue Wahl stattgefunden hat. Diskutiert wurde, wie mit den Beiträgen der sektionslosen Mitglieder verfahren werden soll, ob sie den Landesgruppen zugeordnet oder auf die Sektionen aufgeteilt werden.

Wie ein roter Faden durchzog die **schwierige Finanzlage** die gesamte Konferenz. Nachdem in den vergangenen Jahren jeweils ein Minus erwirtschaftet wurde, reichen die Reserven nun nur noch 3 – 4 Jahre. Daher müssen jetzt Einsparungen vorgenommen werden. U. a. wird es im kommenden Jahr zu Entlassungen von Personal der Bundesgeschäftsstelle kommen müssen. Die finanzielle Situation wird sich voraussichtlich weiter verschlechtern, weil der BDP seit mehreren Jahren unter einem Mitgliederschwund leidet.

Um den **Haushalt** für das nächste Jahr wurde lange, heftig und emotional diskutiert. Eine der Fragen war, ob die Mittel in Zukunft nach einem anderen Schlüssel verteilt werden sollen. Bislang werden 75 % für zentrale Aufgaben verwendet, die restlichen 25 % teilen sich die Landesgruppen und Sektionen. Der Vorstand wurde beauftragt, für den Haushalt 2005 ein neues Modell zu entwickeln, weil allgemeine Unzufriedenheit mit der jetzigen Regelung herrscht.

Für den Haushalt des nächsten Jahres lagen zwei alternative **Haushaltsentwürfe** für das nächste Jahr vor. Der eine hätte die Landesgruppen sehr benachteiligt, die nur noch ein Minimum an Geld bekommen hätten. Der Rest wäre an die Sektionen gegangen. Der andere Haushaltsentwurf hatte zwar für die Landesgruppen mehr Geld eingeplant, dagegen mussten die Sektionen teils erheblich Mittelkürzungen hinnehmen. Dies betraf besonders die Sektionen Klinische Psychologie und VPP.

Um diese beiden Haushaltsentwürfe kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Vertretern der Landesgruppen und Sektionen. Nach langen Debatten wurde der Haushalt angenommen, der die Sektion KliPs und VPP sehr bluten lässt. Die Sektion VPP verließ daraufhin nach persönlichen Erklärungen die Versammlung. Auch die mögliche Auflösung der Sektion VPP wurde angekündigt. Es herrschte daraufhin allgemeine Betroffenheit. Die Landesgruppen-Vertreter kündigten an, eine Art Solidaritätsfonds auf freiwilliger Basis einzurichten. Daraus könnte entweder die zweite DK im nächsten Jahr mitfinanziert werden oder auch Projekte der Sektionen.

Es gab auch eine Diskussion darum, ob in Zukunft **nur noch eine DK** im Jahr stattfinden sollte. Das Pro-Argument waren finanzielle Einsparungen, die damit zu erzielen wären. Dagegen spricht der Verlust an Demokratie im Verband. Ca. 60 % der Delegierten stimmten dann dafür, weiterhin 2 DKs im Jahr abzuhalten.

Als letztes Thema wurde ein **Rahmenkonzept** für den Titel „**Fachpsychologe ... BDP**“, beschlossen. Der BDP möchte sich den internationalen Entwicklungen anschließen, auch spezialisierte Qualifizierungen und Anerkennungen für Psychologen einzurichten. Der Vorstand wurde also beauftragt, hierfür ein Rahmenkonzept zu entwerfen und zur nächsten DK vorzulegen. Als konkreter Anlass ist festzulegen, welche Psychologen nach dem neuen Waffengesetz die Begutachtungen vornehmen dürfen.

Der Antrag der Sektion GUS konnte leider aus Zeitgründen nicht mehr behandelt werden. Wir hatten beantragt, das Kollegen, die das Curriculum zur Psychologischen Gesundheitsförderung absolviert haben, die **Markenbezeichnung „Psychologische Gesundheitsförderung BDP“** nutzen dürfen. Diesen Antrag werden wir zur nächsten DK dann erneut stellen.

Zu einem Treffen am Vorabend der Konferenz hatten ich als Fachbereichsleiterin Gesundheitspsychologie und Thomas Kliche als Sektionsvorstand für Politische Psychologie Vertreter aus anderen Sektionen, aus den Landesgruppen, vom Vorstand und aus der Bundesgeschäftsstelle eingeladen. Die Idee war, einen BDP-internen **Arbeitskreis zur Versorgungspolitik im Gesundheitswesen** zu gründen. Die Resonanz war über Erwarten groß. Das zeigte sich sowohl bei der Teilnehmerzahl, als auch in der sehr engagierten Diskussion. Letztendlich entwickelten sich zwei verschiedene Interessen: einige wollten gerne **regional konkrete Modellprojekte** zur Verbesserung der Versorgung entwickeln. Die andere Gruppe interessierte sich mehr für **Einflussnahme auf die Gesundheitspolitik** und deren Umsetzung durch die großen Akteure im Gesundheitswesen, z. B. Krankenversicherungen. Dazu sollen einerseits Kontakte innerhalb des Gesundheitswesens genutzt werden, andererseits soll gezielte Öffentlichkeitsarbeit zu bestimmten Themen gemacht werden. Das nächste wichtige Thema hierbei wird das **Präventionsgesetz** sein.

Noch ist unklar, wie sich diese Arbeitsgruppe weiter entwickelt. Erst einmal werden Ideen für Modellprojekte gesammelt und dann möglichst auch umgesetzt. Gleichzeitig werde ich mich daran beteiligen, eine Kampagne des BDP zum Präventionsgesetz zu planen.